

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Zur deutschen Innenpolitik

Die wichtige Frage der *Finanzierung der politischen Parteien*, die in allen demokratisch-parlamentarischen Staaten immer wieder die Öffentlichkeit beschäftigen muß, untersucht *Erwin Hielscher*, Stadtkämmerer der Stadt München und Mitglied des Bayerischen Senats, in *Politische Studien* (64). Wir zitieren seine wichtigsten Feststellungen: „Eine einigermaßen vollständige und wahrheitsgemäße Publizität wird ausschließlich von der Sozialdemokratischen Partei geübt; diese Übung besteht bereits seit den zwanziger Jahren . . . Vergleichszahlen für andere Parteien fehlen . . . Es scheint sicher zu sein, daß keine andere westdeutsche Partei eine progressive Beitragsstaffel hat . . . Nicht nur die Beitragsstaffelung unterscheidet die SPD von den anderen Parteien, sondern auch die Tatsache, daß bei den anderen Parteien das Beitragsaufkommen eine völlig untergeordnete Rolle spielt . . . Niemand wird bestreiten können, daß das nahezu völlige Dunkel über den Finanzen der anderen politischen Parteien reichlich unheimlich ist.“ Hielscher verweist dann darauf, daß an sich die Frage der Publizität der Finanzierung politischer Parteien bereits im Grundgesetz klar entschieden worden sei, und zwar vor sechs Jahren . . . Der Verfasser schildert dann eingehend die bisherigen, leider vergeblichen, Bemühungen zur Eindämmung der Macht des Geldes bei den Wahlen und damit zur Erfüllung des Grundgesetzes. Der gedankenreiche und gut dokumentierte Aufsatz verdient unbedingt die Beachtung aller demokratischen Deutschen.

Eine gute Ergänzung der Arbeit von Hielscher bildet eine sehr gründliche Untersuchung „*Die Verbände in der westdeutschen Politik*“ von Dr. *Rupert Breitling* (*Die neue Gesellschaft*, 3). Der Verfasser behandelt eingehend Größe und Funktionen der staatlichen und halbstaatlichen Verbände, der Kirchen und kirchlichen Organisationen, der Staatsbürgerverbände usw. und ihre Politik. „Die Politik der Verbände in Westdeutschland ist praktisch auf allen Gebieten spürbar, leider auch noch immer in den deut-

schen Verwaltungen.“ Demgegenüber erklärt Breitling: „Verbände haben in der öffentlichen Verwaltung überhaupt nichts zu suchen. Die verschiedenen Interessen und Ideen verschiedener Bevölkerungsteile werden in politischen Parteien und vor allem im Parlament mühsam integriert und eine Politik mit Bezug auf das ganze Volk formuliert. Dieser staatsbürgerliche Bezug der Politik ist in Gefahr, wenn die Exekutive verbandsartig aufgespalten wird.“ Breitling kommt dann auch auf die soziologische Struktur und auf die *Finanzierung* der Verbände zu sprechen und fordert: „Grundsätzlich sollte keine Eingabe, keine Stellungnahme, kein Gesetzentwurf eines Verbandes beachtet werden, der sich selbst in einen Schleier von Geheimnissen hüllt, der nicht öffentlich über seine Entstehung und Geschichte, seine Finanzierung und Organisation, seine Mitglieder und Leiter, seine Ziele und Erfolge berichtet und Auskünfte gibt. Eine derartige Eingabe ist wie ein anonymes Brief und gehört in den Papierkorb.“ — Eine weitere Arbeit zu dem großen Thema des geistigen Ringens um eine echte Demokratie bildet ein Aufsatz von *Friedrich Stampfer* „Die Parteien und das Grundgesetz“, in dem außer dem Thema der Parteinanzierung vor allem auch das Problem der *Parteiverbote* erörtert wird; Der Verfasser fragt, meines Erachtens mit Recht, „ab überhaupt dieses Prinzip des Selbstschutzes der Demokratie durch mehr oder minder undemokratische Maßnahmen richtig ist und Erfolg verspricht“. Stampfer fährt fort: „Es gibt auch einen Selbstmord aus Angst vor dem Tode, und manchmal scheint es mir, als sei die Demokratie — nicht nur in Deutschland — auf dem besten Wege, einen solchen Selbstmord zu begehen. Die Grundsätze der Demokratie kann man nicht verteidigen, indem man sie aufgibt.“ Entscheidend sei die *Gesinnung des Volkes*: „Aufrechter Bürgersinn und menschenwürdiges Dasein für alle sind die Stützen einer freiheitlichen Staatsordnung.“

Einen erfolgreichen Versuch zur Aktivierung dieses „Bürgersinns“ beschreibt *Helmut Cron* (*Deutsche Rundschau*, 9) in einem Aufsatz über die in Süddeutschland seit einigen Jahren erprobten *Bürgergemeinschaften*, die eine lebendige Demokratie von unten her fördern wol-

len, ohne etwa die Parteien ersetzen oder ihre Zahl um eine weitere vermehren zu wollen. Interessant ist z. B., daß die Bürgergemeinschaften vor Wahlen eine gemeinsame Kandidatenvorstellung durchführen und daß in solchen Versammlungen im Gegensatz zu den Parteiversammlungen praktisch alle Wahlberechtigten, besonders in kleineren Städten und Gemeinden, erfaßt werden. Auch über Sachfragen wird in den Bürgergemeinschaften informiert und diskutiert, ferner werden Jungbürgerfeiern durchgeführt — alles, um das Selbstbewußtsein und die Selbstverantwortung der Bürger zu stärken.

Süd- und Mittelamerika

Es ist nicht leicht, über den wahren Ablauf der Ereignisse in *Argentinien*, über ihre Hintergründe und vor allem auch über die merkwürdige Rolle der perönistischen „Gewerkschaften“ ein klares Bild zu gewinnen. Deshalb ist es sehr dankenswert, daß *Freie Gewerkschaftswelt* (62) auf Grund eigener Informationsquellen des IBFG eine Darstellung der Situation gibt; man erfährt hier manche wichtige Einzelheit über die verschiedenen Machtfaktoren des Landes.

Sehr wichtig sind die Darlegungen über die notwendige Reorganisation der freigewerkschaftlichen Bewegung nach Peróns Sturz: Auch im günstigsten Falle würden die organisatorischen Schwierigkeiten sehr groß sein — gelänge es nicht, sie unter Zurückstellung von Eifersüchteleien der einzelnen Verbände rasch zu überwinden, so würden „die kommunistischen Elemente, so gering an Zahl und ohne Ansehen sie auch sind, eine ernsthafte Gefahr für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung Argentiniens“ werden, zumal „zweifelloso die perönistischen Elemente bei einer Niederlage die Kommunisten unterstützen werden“. Eine Gewerkschaftsbewegung christlicher Art habe zumindest im Augenblick wenig Chancen.

In einem letzten Kapitel stellt die interessante Untersuchung fest, daß es nach Beendigung der perönistischen Diktatur wahrscheinlich zu einer starken Konkurrenz der Investitionen zwischen amerikanischen, englischen und deutschen Unternehmungen kommen werde: „Der IBFG, welcher die Arbeiterschaft und die argentinische Nation ehrlich zu unterstützen gedenkt, wird versuchen, all seinen Einfluß bei den Organen der Vereinten Nationen aufzubieten, damit neben den privaten Investitionen internationale Fonds finanzieller Hilfe soweit wie möglich beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes und für die Erschließung seiner ungeheuren natürlichen Reichtumsquellen eingeschaltet werden.“

Eine sehr eingehende Untersuchung über das perönistische System der Unterdrückung und Vernichtung aller unabhängigen Zeitungen findet sich in der *IPI-Rundschau* (11), der Mo-

natsschrift des Internationalen Presseinstituts (Zürich). Das Blatt, das überhaupt mit großer Konsequenz und Sachkenntnis den Kampf um die Pressefreiheit führt, weist mit Nachdruck darauf hin, daß sich der „Perönismus“ immer weiter ausbreite (z. B. in *Chile*) und die Pressefreiheit in einem Dutzend Länder der westlichen Hemisphäre gefährde.

„Ein kleines Land mit großen Hoffnungen“ nennt *K. H. Stefan* den südamerikanischen Staat *Peru* (*Deutsche Kommentare*, 28); der Aufsatz bespricht vor allem die bisher verwirklichten Bewässerungsprojekte und die Verteilung des dadurch für die landwirtschaftliche Nutzung gewonnenen Neulandes durch die Regierung.

Mexiko ist das Thema eines stattlichen Sonderheftes der *Mitteilungen des Instituts für Auslandsbeziehungen* (Nr. 5/8). In mehr als 30 Aufsätzen von sachkundigen Mitarbeitern aus Mexiko und aus Deutschland werden die verschiedensten politischen, wirtschaftlichen und vor allem auch kulturellen Aspekte dieses „Landes der Freiheit“, dieser „Brücke zwischen zwei Kontinenten“ beleuchtet. — Über ein wichtiges gewerkschaftliches Abkommen zwischen dem Gewerkschaftsbund CTM Mexikos und einem der AFL angeschlossenen Bauarbeiterverband wird in *Freie Gewerkschaftswelt* (62) berichtet; das Abkommen wird als ein Präzedenzfall von außerordentlicher Reichweite und als gutes Beispiel für die Nützlichkeit der Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen auf regionaler und weltumfassender Grundlage gewertet.

Gewerkschaftsprobleme

In den protestantischen Monatsheften *Junge Kirche* (15/16) behandelt *Hartmut Weber* das Thema „Der Christ, in der gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Entscheidung“. Der Verfasser setzt sich insbesondere mit der „Diskussion um den Agartz-Kurs“ auseinander und kommt zu dem Ergebnis, es „dürfte wohl eindeutig der Beweis erbracht sein, daß Agartz keineswegs einer Gewerkschaftschiktatur das Wort redet“. Man dürfe auch nicht einwenden, diese Gewerkschaftskonzeption sei eine sozialistische; da aber auch Christen in den Gewerkschaften seien, ginge es nicht an, daß die Gewerkschaften einen Kurs verträten, den die Christen nicht mitmachen könnten. Hierzu sei zu sagen: „Es liegt nicht an den Sozialisten, wenn gewisse Christen sich durch diese Konzeption vergewaltigt fühlen, sondern an den evangelischen Christen, die nicht wissen, daß es eine christliche Wirtschaftsordnung nicht gibt.“ Sachlich lägen die Dinge nun einmal so: „Entweder man entscheidet sich für die privatkapitalistische Ordnung und bejaht damit die Klassenkampfsituation, oder man versucht eine Ordnung nach dem Gesichtspunkt auszubauen, daß jeder nach seinen Fähigkeiten und Leistun-

gen Anteil am Sozialprodukt hat . . . Das Gerechtigkeitspostulat will weiter nichts, als den Dienst am Nächsten ein wenig mehr zu betreiben, nicht nur in Form individueller Caritas, sondern in der Einrichtung der Institutionen des Wirtschafte- und Gesellschaftslebens auf den Dienst hin. Dazu aber sind wir aufgerufen.“ Vom Organ der Hans-Böckler-Gesellschaft *Das Mitbestimmungs-Gespräch* liegen inzwischen eine Reihe weiterer Nummern mit mancherlei interessanten Beiträgen zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung vor; aus Nr. 7/8 heben wir eine sehr gründliche Arbeit von *Willy Bukow* über das Personalvertretungsgesetz sowie einen Aufsatz von *Dr. Bruno Ingermann* über Finanzierungsfragen im Bergbau (Selbst- und Fremdfinanzierung) hervor.

Die Atomenergie im Dienste des Friedens

Dieses zukunftssträchtige Thema dürfte in den nächsten Monaten im Mittelpunkt der Diskussionen auch im internationalen Zeitschriftenwald stehen. Daß es auch unsererseits stärkste Beachtung verdient, bedarf nicht der Betonung, zumal ja bereits die leitenden Instanzen des IBFG auf ihrer Konferenz in Brüssel Anfang August rechtzeitig die gewerkschaftlichen Forderungen hierzu formuliert und angemeldet haben (vgl. *Freie Gewerkschaftswelt*, 62).

Natürlich wird dabei auch immer wieder die Kehrseite, nämlich die ungeheuerliche Bedrohung der Welt durch die Wasserstoffbombe, eingehend erörtert. So widmet *links* (35) diesem zweiseitigen Thema ein reich dokumentiertes Sonderheft, aus dem wir den Aufsatz von *Richard Freyh* „Eine neue Epoche beginnt — Auf der Schwelle des Atomzeitalters“ hervorheben möchten. Einen instruktiven Aufsatz über „Atomkraft und Atompolitik“ veröffentlicht die *Schweizer Rundschau* (6) aus der Feder von *Ernst Karl Winter*; der offenbar sehr sachkundige Autor verweist insbesondere auch auf die Gefahren, die durch die wachsende Zahl der Atomexperimente erzeugt werden: Die Radioaktivität mitten unter uns habe bereits vor dem Übergang zur Atomfriedensverwendung die Grenze des bisher „Normalen“ längst überschritten, so daß auch die biologisch-genetischen Konsequenzen für monströse Mutationen in kommenden Geschlechtern bereits heute feststellbar und voraussagbar seien! Er kann zum Beweis dafür erschütternde Forschungsergebnisse amerikanischer Genetiker zitieren. — Den Aufruf der Westdeutschen Rektorenkonferenz gegen die Verwendung der Atomwaffen veröffentlicht dankenswerterweise im Wortlaut und mit allen Unterschriften die *Deutsche Universitäts-Zeitung* (15/16).

Dr. Walter Fabian